

Fragen

für die Fragestunde der 53. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. September 2022

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	39, 40	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	46, 48
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 33	Kaufmann, Michael, Dr. (AfD)	10
Beckamp, Roger (AfD)	45	Kleinwächter, Norbert (AfD)	29
Brandner, Stephan (AfD)	11, 12	Klößner, Julia (CDU/CSU)	8, 9
Bünger, Clara (DIE LINKE.)	36, 37	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	17, 53
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	25, 38	Pellmann, Sören (DIE LINKE.)	41, 42
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	5	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	6, 7
Görke, Christian (DIE LINKE.)	26, 27	Pilsinger, Stephan (CDU/CSU)	49, 50
Gramling, Fabian (CDU/CSU)	1, 2	Renner, Martina (DIE LINKE.)	34, 35
Helfrich, Mark (CDU/CSU)	13	Rouenhoff, Stefan (CDU/CSU)	3, 4
Hennig-Wellsow, Susanne (DIE LINKE.)	28	Schattner, Bernd (AfD)	21, 30
Hilse, Karsten (AfD)	44	Schmidt, Eugen (AfD)	32, 43
Hirte, Christian (CDU/CSU)	52	Seidler, Stefan (fraktionslos)	47, 51
Höchst, Nicole (AfD)	22, 31	Spahn, Jens (CDU/CSU)	19, 20
Huber, Johannes (fraktionslos)	16	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	23, 24
		Straubinger, Max (CDU/CSU)	14, 15

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ..	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Klimaschutz**

1. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU) Mit welchen zusätzlichen CO₂-Emissionen rechnet die Bundesregierung durch das Hochfahren der Kohlekraftwerke, und welche Auswirkungen wird das auf den Emissionshandel im Industriesektor haben?
2. Abgeordneter
Fabian Gramling
(CDU/CSU) Was unternimmt die Bundesregierung, um die Versorgung mit kritischen Rohstoffen, insbesondere Seltenen Erden, zu diversifizieren und die Abhängigkeit Deutschlands von China zu reduzieren?
3. Abgeordneter
Stefan Rouenhoff
(CDU/CSU) Setzt sich die Bundesregierung insbesondere für die vom Bundesminister der Finanzen Christian Lindner geforderte Neuauflage des Handelsabkommens Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) mit den USA ein (www.zeit.de/wirtschaft/2022-03/ttip-freihandel-christian-lindner-usa?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F), und wie bewertet die Bundesregierung die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu einem Handelsabkommen mit Indien?
4. Abgeordneter
Stefan Rouenhoff
(CDU/CSU) Wie positioniert sich die Bundesregierung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen der EU und Indien (www.dw.com/de/eu-und-indien-starten-neue-freihandelsgespr%C3%A4che/a-62175222)?
5. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU/CSU) Wann legt die Bundesregierung einen konkreten Ausstiegsfahrplan für russische Öl- und Gasimporte vor, wie vom Deutschen Bundestag beschlossen (Bundestagsdrucksache 20/1550)?
6. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Was konkret meint der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz damit, wenn er mit Blick auf derzeit weiter steigende Gaspreise davon spricht, dass Maßnahmen anvisiert werden, welche die Belastungen „gerecht“ verteilen (vgl. www.welt.de/wirtschaft/article239765483/Bundeswirtschaftsminister-Habeck-Es-kommen-noch-enorme-Preiserhoehungen-auf-uns-zu.html, zuletzt abgerufen am 6. Juli 2022)?

7. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Wird seitens des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz mit Blick auf die derzeit mietrechtlich festgelegte Mindesttemperatur von 20 bis 24 Grad Celsius die meiner Meinung nach zutreffende Ansicht geteilt, dass eine dauerhafte Absenkung derselben und damit einhergehende mögliche Gesundheitsbeeinträchtigungen eine gesetzliche Korrektur nach unten verbieten (vgl. www.nw.de/nachrichten/wirtschaft/wirtschaftsnachrichten/23288183_Habeck-schliesst-gesetzliche-Massnahmen-zur-Energie-Einsparung-nicht-aus.html und <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2022/kalte-wohnungen-im-winter-habeck-denkt-ueber-gesetz-nach/>, jeweils zuletzt abgerufen am 6. Juli 2022)?
8. Abgeordnete
Julia Klöckner
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den vom Bundesminister der Finanzen a. D., Olaf Scholz, in der vergangenen Legislaturperiode angekündigten Industriestrompreis von 4 Cent/kWh umzusetzen (www.vorwaerts.de/artikel/energiepolitik-olaf-scholz-angebot-deutsche-industrie), wenn ja, wann, und wie ist der Stand der Planzungen dazu in der Bundesregierung?
9. Abgeordnete
Julia Klöckner
(CDU/CSU)
- Wie soll das neue Energiekostendämpfungsprogramm ganz konkret aussehen (beispielsweise Kriterien, Zuschussberechtigte, Höhe der Zuschüsse, beihilferechtlicher Rahmen, Zeitraum), und wie ist der Umsetzungsstand (bitte unter Angabe des Zeitplans; Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 3. September 2022, S. 8 f.)?
10. Abgeordneter
Dr. Michael Kaufmann
(AfD)
- Warum empfiehlt die Bundesregierung laut Antwort vom Staatssekretär Dr. Patrick Graichen auf eine Frage des Abgeordneten Stephan Pilsinger die Ausstattung mit Notstromaggregaten mit einer Überbrückungszeit von 72 Stunden (www.welt.de/wirtschaft/article239693531/Energiekrise-Zoelle-Homeoffice-Notstrom-die-Furcht-vor-dem-Erdgas-GAU-waechst.html), während der damalige Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung in seinem Bericht „Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften – am Beispiel eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung“ (Bundestagsdrucksache 17/5672) von der Möglichkeit eines deutlich länger anhaltenden Blackouts ausgeht?
11. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz zu ergreifen und bis wann umzusetzen, um Deutschlands Energieversorgung zukünftig stärker zu diversifizieren?

12. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Welche Position vertritt der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz beim Thema „Fracking“?
13. Abgeordneter
Mark Helfrich
(CDU/CSU) Über welche Importmengen an flüssigem Erdgas (sog. LNG) wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bisher Verträge geschlossen, und inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Transport der entsprechenden Lieferungen durch Tanker nach Deutschland gesichert (vgl. www.handelsblatt.com/politik/lng-wir-haben-gas-aber-wir-finden-keine-tanker-rueckschlag-fuer-europas-neue-energiestrategie/28510188.html; www.bild.de/politik/inland/politik-inland/tanker-ehlen-jetzt-geraet-habecks-gas-plan-ins-wanken-80614062.bild.html)?
14. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesnetzagentur, dass Thermal- und Kurbäder, deren ambulante Vorsorgemaßnahmen Pflichtleistungen der Krankenkassen gemäß § 23 Absatz 2 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch sind, als Freizeiteinrichtungen gelten und somit nicht zum geschützten Kundenkreis der sozialen Dienste in dem Bereich der Gesundheitsversorgung gemäß § 53a Nummer 2 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) zählen, obwohl die Bundesnetzagentur bei der Auslegung des Begriffes „lebenswichtiger Bedarf“ ihres Auftrages gemäß § 1 Absatz 1 des Energiesicherungsgesetzes und § 1 der Gassicherungsverordnung behauptet, sich an der gesetzlichen Wertung des § 53a EnWG zu orientieren, und wenn ja, warum?
15. Abgeordneter
Max Straubinger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass § 5 und § 6 der Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen (Kurzfristenergieversorgungssicherungsmaßnahmenverordnung - EnSikuMaV), welche die Einsparung von Gas und das Verhindern einer Gasmangellage zum Ziel hat, auch für Arbeitsstätten öffentlicher Gebäude und Nichtwohngebäude gelten, welche ausschließlich mit einer Hackschnitzelheizung und somit unabhängig vom nationalen Öl- und Gasverbrauch bzw. unabhängig von der nationalen Öl- und Gaslage betrieben werden, und wenn ja, warum?

16. Abgeordneter
Johannes Huber
(fraktionslos)
- Wird die Bundesregierung den durch mögliche Ausfälle in der Gasversorgung betroffenen Bürgern bei den Betriebskosten (www.tagesschau.de/wirtschaft/heizluefter-warnung-101.html) für die zu Hunderttausenden (www.focus.de/finanzen/news/stresstest-soll-klarheit-bringen-heizluefter-boomen-welche-probleme-die-gas-alternative-im-winter-bereiten-kann_id_123166613.html#:~:text=Alleine%20von%20Januar%20bis%20Juni,Ausfall%20der%20Erdgasversorgung%20im%20Winter.) angeschafften Heizlüfter entgegenkommen, falls nein, wie konkret wird die Bundesregierung den Betroffenen Hilfe zukommen lassen, abgesehen von Ratschlägen, auf diese Heizlüfter zu verzichten, und kann eine Gasnotfallstufe III für den kommenden Winter ausgeschlossen werden?
17. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wird die Bundesregierung als Anteilseigner der Uniper SE gemäß dem Public Corporate Governance Kodex des Bundes und im Sinne der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie auf ein Ende der Kernkraftwerke Ringhals, Forsmark, Oskarshamn dringen (www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-886396)?
18. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es in der Bundesregierung über eine Mehrheitsbeteiligung des Bundes an dem Gas-Großhändler Uniper SE hinausgehende Überlegungen (www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/uniper-verstaatlichung-bund-mehrheitsaktionaeer-101.html), wie der Konzern in andere Eigentumsformen, beispielsweise eine Anstalt des öffentlichen Rechts, überführt werden kann, und wenn ja, wie sehen diese aus?
19. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Wieso verlangt Uniper SE nach Kenntnis der Bundesregierung von seinen Kunden, zum Beispiel Stadtwerken, weiterhin zusätzliche Sicherheiten (vgl. www.handelsblatt.com/unternehmen/stadtwerke-energiepreise-treiben-auch-kleinere-gasversorger-in-die-not/28671732.html?tm=login), mit der Folge, dass einzelne Stadtwerke bereits für Gas- und Stromangebote von Uniper SE gesperrt sind, und wieso hat die Bundesregierung bei seinen Stützungsmaßnahmen für Uniper SE – entgegen vorheriger Hinweise zu diesem Sachverhalt an die Bundesregierung – nicht sichergestellt, dass Uniper SE die nachgelagerten Energieversorger auch ohne zusätzliche Sicherheiten beliefert?

20. Abgeordneter
Jens Spahn
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen hat eine mögliche Verstaatlichung von Uniper SE (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/uniper-bund-erwaegt-verstaatlichung-des-gasversorgers-18315571.html) auf die Notwendigkeit, die Konstruktion sowie die Höhe der sogenannten Gasbeschaffungsumlage?
21. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Wird die Bundesregierung die SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH in der Lutherstadt Wittenberg, die durch die stark gestiegenen Gaspreise bzw. die Gasumlage in finanzielle Nöte geraten sind und die Ad-Blue-Herstellung aufgeben wollen, finanziell außerhalb des sich im Rahmen befindlichen auf den Weg gebrachten Entlastungspaketes unterstützen (www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/dessau/wittenberg/skw-piesteritz-produktion-adblue-spedition-100.html)?
22. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- Welche Auslastung hatten nach Kenntnis der Bundesregierung die Windkraftanlagen in Deutschland jeweils in den letzten sechs Halbjahren (vgl. destatis, Agenturmeldung vom 21. Oktober 2021: Windkraft-Anlagen waren im 1. Halbjahr 2021 zu 21 Prozent ausgelastet/Umsatz der Windenergiebranche lag 2019 um 24 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres)?
23. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Von welchem Strommehrbedarf geht die Bundesregierung durch Elektrofahrzeuge aus, und welche Speicherkapazitäten sind vorhanden und geplant, um diesen Mehrbedarf abzudecken?
24. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Ist mit Blick auf den möglichen Mangel an Strom die weitere finanzielle Förderung von E-Fahrzeugen sinnvoll?
25. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Um welche Rüstungsgüter handelt es sich bei der Genehmigung im Wert von ca. 119,4 Mio. Euro für Saudi-Arabien (Rüstungsexportbericht 2021, Anlage 9, S. 137; bitte getrennt nach Ausfuhrlistenposition A0005, A0014, A0022 mit entsprechender Güterbeschreibung und Hersteller auflisten)?
26. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung langfristige Strukturmittel für die Bewältigung des sozioökonomischen Transformationsprozesses der Wirtschaftsregion Schwedt bereitstellen, wie von der Brandenburger Landesregierung gefordert, und wenn ja, wann, und in welcher Höhe (www.moz.de/nachrichten/brandenburg/pck-raffinerie-schwedt-woidke-befuerchtet-riss-im-sozialen-gefuege-und-fordert-1_5-milliarden-euro-fuer-standort-schwedt-66418303.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

27. Abgeordneter
Christian Görke
(DIE LINKE.)
- Gab es Gespräche, Telefonate, Treffen oder sonstige Kommunikation zwischen dem 1. Januar 2020 und dem 1. Oktober 2020 zwischen dem heutigen Bundeskanzler Olaf Scholz bzw. dem heutigen Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes Wolfgang Schmidt mit Johannes Kahrs, und wenn ja, wann (bitte nach Datum auflisten; siehe www.stern.de/politik/deutschland/olaf-scholz--warum-die-cum-ex-affaere-ihm-noch-gefaehrlich-werden-koennte-32635282.html und Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 20/3176)?
28. Abgeordnete
Susanne Hennig-Wellsov
(DIE LINKE.)
- Gab es 2020 zwischen dem heutigen Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes Wolfgang Schmidt und Vertretern des Norddeutschen Rundfunks Kontakte jeglicher Art (Treffen, Telefonate, Mails u. Ä.) im Zusammenhang mit der Cum-Ex-/Warburg-Affäre, und wenn ja, welche waren das (bitte Termine, Teilnehmer und Inhalt des Austausches auflisten)?
29. Abgeordneter
Norbert Kleinwächter
(AfD)
- Liegen der Bundesregierung Informationen vom von der EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen angesprochenen „neuen europäischen Souveränitätsfonds“ vor, auf welchen einschlägigen Drucksachen sind diese ggf. einzusehen, und hält die Bundesregierung generell bei „europäischen“ Fonds eine gemeinsame staatliche – aus Sicht der Bundesregierung rechtmäßige – Kreditaufnahme nach NGEU-Beispiel für zielführend (vgl. Dr. Ursula von der Leyen: „This is also why we will increase our financial participation to Important Projects of Common European Interest. And for the future, I will push to create a new European Sovereignty Fund“ (https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/ov/speech_22_5493 [zuletzt abgerufen am 15. September 2022]), „Deshalb werden wir unsere finanzielle Beteiligung an wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse erweitern. Und für die Zukunft werde ich auf einen neuen Europäischen Souveränitätsfonds hinarbeiten“ (Übersetzung durch den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union) sowie Antwort der Bundesregierung vom 9. Juni 2021 auf meine Schriftliche Frage 99 auf Bundestagsdrucksache 20/2170: „Zweifel an der Rechtmäßigkeit von ‚NextGenerationEU‘ weist die Bundesregierung im Übrigen zurück.“)?

30. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD)
- Wie möchte die Bundesregierung der hohen Inflation in Deutschland gesetzlich entgegenreten, und wäre eine Anlehnung an den „Inflation Reduction Act“ eine mögliche Anregung, um die Inflation zu bekämpfen (www.wiwo.de/politik/ausland/usa-wieso-der-inflation-reduction-act-nichts-mit-der-inflationsbekaempfung-zu-tun-hat/28605726.html)?
31. Abgeordnete
Nicole Höchst
(AfD)
- In jeweils welchen Mengen wurde nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren Kokain in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt (vgl. etwa dpa vom 16. September 2022: Nach Riesen-Kokainfund Anklage gegen vier Verdächtige; ZEIT ONLINE: Kriminalität: 2,3 Tonnen Kokain aus Peru sichergestellt: Festnahme in Köln, vom 12. September 2022; dpa vom 6. Mai 2019: 14-Jährige nach Kokainkonsum vergewaltigt – Prozess beginnt; ntv-Wissen vom 26. Juni 2018: Weltweiter Drogenkonsum auf Rekordhoch oder vgl. ARD vom 19. April 2022: Offenbar steigender Drogenkonsum durch Corona unter Arbeitnehmenden)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

32. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Welche Gespräche führten bzw. schriftliche Kontakte unterhielten Vertreter der Bundesregierung bzw. deutsche Diplomaten mit Vertretern der Russischen Föderation seit dem 24. Februar 2022 hinsichtlich der deutschen Minderheit in Russland, und auf welche Weise will die Bundesregierung die Unterstützung der deutschen Minderheit in Russland (Einzelplan 06 des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat) auch in Zukunft, trotz der Sanktionen, sicherstellen?
33. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was wurde von der Bundesregierung bereits unternommen hinsichtlich des im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP für die 20. Legislaturperiode erklärten Ziels eines „geordneten Relocation-Programms“ (siehe Seite 142), das dazu beitragen soll, in den EU-Außengrenzstaaten die Bedingungen für Geflüchtete zu verbessern, und wie ist diesbezüglich der weitere Zeitplan?

34. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Stiftungen, Organisationen oder Einzelpersonen mit Sitz in der Europäischen Union sind nach Kenntnis der Bundesregierung in die Übermittlung, Verschleierung und den Transfer von Spenden, Darlehen oder ähnlichen Finanzierungsarten aus Russland an politische Entscheidungsträger in Deutschland seit 2018 involviert (www.tagesschau.de/ausland/russland-einflussnahme-101.html)?
35. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen, welche der rechtsextremen Szene, der sogenannten Reichsbürgerbewegung oder sonstigen die Demokratie delegitimierenden Gruppe in Deutschland zuzurechnen sind, haben nach Kenntnis der Bundesregierung seit 2015 Spenden, Darlehen oder ähnliche Finanzierungsarten aus Russland erhalten?
36. Abgeordnete
Clara Büniger
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser den Appellen aus sächsischen Ministerien zur Aufenthaltsregelung bei nichtukrainischen Geflüchteten aus der Ukraine nachkommen (vgl. Sächsische Zeitung vom 12. September 2022, Seite 6, „Geplatzte Träume“: Sachsens Wirtschaftsminister Sebastian Gemkow drängt demnach auf eine Lösung des Bundes, weil sonst ein Flickenteppich drohe, das Sächsische Innenministerium verwies darauf, dass der Bund den vorübergehenden Schutz für Geflüchtete aus der Ukraine laut EU-Recht auch auf Drittstaatsangehörige ausweiten könne), zumal dies nach meiner Auffassung ihren ursprünglichen eigenen Versprechungen jedenfalls zu drittstaatsangehörigen Studierenden aus der Ukraine entspricht (vgl. Bundestagsdrucksache 20/1267, Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 34, wenn nein, bitte begründen), und welche Zwischenergebnisse oder Antworten des Bundesinnenministeriums gibt es auf die Bitte der Kultusministerkonferenz, Wege zu prüfen, um Betroffenen mehr Zeit zur Aufnahme ihres Studiums in Deutschland zu verschaffen (vgl. Sächsische Zeitung vom 12. September 2022, Seite 6, „Geplatzte Träume“)?

37. Abgeordnete
Clara Bünger
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung der Forderung des offenen Briefs bereits nach Deutschland evakuierter weiblicher Ortskräfte und (Frauenrechts-)Aktivistinnen aus Afghanistan nachkommen (www.fluechtlingsrat-bayern.de/offener-brief-weiblicher-ortskraefte-aus-afghanistan/), ihre sonstigen Familienangehörigen (außerhalb der Kernfamilie) gegebenenfalls nachträglich zu evakuieren und in Sicherheit zu bringen, wenn diese infolge des Engagements der bereits evakuierten Personen gefährdet sind, sei es im Rahmen des künftigen Bundesaufnahmeprogramms, sei es über Aufnahmen im Einzelfall nach § 22 des Aufenthaltsgesetzes (bitte darlegen und begründen), und wie rechtfertigt es die Bundesregierung, dass das Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan nach einer aktuellen Einschätzung des Bundesinnenministeriums frühestens im Januar 2023 starten wird (www.bremische-buergerschaft.de/fileadmin/user_upload/Dateien/plenar/20_39L_Fragestunde.pdf, S. 11 und 12), vor dem Hintergrund, dass die Taliban nach meiner Kenntnis immer skrupelloser gegen politische Gegnerinnen und Gegner vorgehen und gefährdete Afghaninnen und Afghanen nach meiner Auffassung sofort Hilfe benötigen, weil es in einigen Monaten für viele Menschen womöglich bereits zu spät ist?
38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über den Umfang des Schmuggels von Rüstungsgütern (Schusswaffen und Munition) einschließlich militärischer Waffen durch kriminelle Netzwerke aus der Ukraine in die EU (betrieben oder geplant), der laut europäischer Polizeibehörde Europol erhebliche Mengen umfassen soll (www.tagesschau.de/investigativ/swr/ukraine-krieg-waffenschmuggel-eu-101.html), und kann die Bundesregierung ausschließen, dass im Rahmen organisierten Waffenschmuggels auch an die ukrainische Regierung gelieferte Rüstungsgüter (Waffen und Munition) aus deutschen Beständen illegal vom Gebiet der Ukraine verbracht werden (www.ndr.de/nachrichten/info/Waffenschmuggel-in-der-Ukraine-Tag-192-194,audio1205474.html)?
39. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe wurde die angekündigte Erhöhung der Kostenerstattungssätze für die Integrationskurse in Zuständigkeit des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) bzw. die Berufssprachkurse in Zuständigkeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) bereits vollzogen, und welche weiteren Erhöhungen sind konkret in Planung (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 20/2858)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
der Justiz**

40. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zum Sachstand des (Vor-)Ermittlungsverfahrens gegen den türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan sowie weitere Offizielle aus der Türkei wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den kurdischen Gebieten der Südosttürkei, insbesondere wegen des Todes von 178 Personen in der Stadt Cizre, die während einer Ausgangssperre in Kellern Schutz vor Angriffen des türkischen Militärs gesucht hatten (vgl. www.zeit.de/politik/2016-06/tuerkei-recep-tayyip-erdogan-kurden-kriegsverbrechen-anzeige), und welche weiteren (Vor-)Ermittlungsverfahren gegen türkische Offizielle wegen Verstoßes gegen das Völkerstrafrecht sind aktuell in Deutschland anhängig?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

41. Abgeordneter
Sören Pellmann
(DIE LINKE.)
- Profitieren nach Kenntnis der Bundesregierung Beschäftigte in Behindertenwerkstätten von den Einmalzahlungen im Rahmen der Entlastungspakete, und plant die Bundesregierung, weitere Inflationzuschläge für Pflegegeldberechtigte oder Beschäftigte bei Assistenznehmenden umzusetzen?
42. Abgeordneter
Sören Pellmann
(DIE LINKE.)
- Werden die beschlossenen Entlastungspakete nach Kenntnis der Bundesregierung Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen der Behindertenhilfe, die oft grundsicherungsberechtigt sind, unterstützen, und was ist ggf. angedacht, um Inklusionsbetriebe und diese Einrichtungen bei den erheblich steigenden Kosten finanziell zu entlasten?
43. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Inwiefern ist es nach Kenntnis der Bundesregierung aufgrund der gegen Russland bzw. russische Banken verhängten Sanktionen zu Problemen bei Zahlungen deutscher Renten an in Russland wohnhafte Personen gekommen (mir ist ein entsprechender Fall bekannt), und was unternimmt die Bundesregierung, um den Problemen abzuhelpfen?

44. Abgeordneter
Karsten Hilse
(AfD)
- In welcher Höhe wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in der Zeit vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022 monatlich staatliche Leistungen (AsylbLG/SGB II/SGB XII/medizinische Versorgung) direkt oder indirekt an die 707.474 anspruchsberechtigten ukrainischen Staatsbürger als Kriegsflüchtlinge von Arbeitsämtern, Jobcentern, Sozialämtern, Renten- und Krankenversicherungen bundesweit summarisch, getrennt nach auszahlenden Quellen, ausgezahlt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

45. Abgeordneter
Roger Beckamp
(AfD)
- Wie viele Menschen sind unter dem Oberbefehl der Bundesministerinnen der Verteidigung und Oberbefehlshaberinnen Dr. Ursula von der Leyen, Annegret Kramp-Karrenbauer und Christine Lambrecht jeweils durch die Beteiligung an der Operation „Counter Daesh“ getötet worden – sei es direkt durch ihnen unterstehende Einheiten oder indirekt nach einem gemeinsamen ihnen zu-rechenbaren Plan durch Dritte (bitte nach Jahren, Ländern der Tötung, jeweiliger Oberbefehlshaberin und beabsichtigter Tötung und unbeabsichtigter Tötung aufschlüsseln)?
46. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Details z. B. zu Zeitplan, Ausbildungsorten, Ausbildungsumfang, Teilnehmerinnen- und Teilnehmeranzahl, Ausbildungsinhalten sowie Beitrag und Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten kann die Bundesregierung zur geplanten militärischen EU-Ausbildungs- und Trainingsmission (EUTM) für die Ukraine (www.bmvg.de/de/aktuelles/eu-verteidigungsminister-beraten-ukraine-unterstuetzung-5485464) mitteilen, und hat die Bundesregierung eine Bewertung der rechtlichen Frage, ob eine EUTM für die Ukraine innerhalb der Europäischen Union – auch im Hinblick auf deren vertraglichen Grundlagen – durchgeführt werden kann (bitte begründen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Ernährung und Landwirtschaft**

47. Abgeordneter
Stefan Seidler
(fraktionslos)
- An welchen Formaten zur europäischen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit beteiligt sich die Bundesregierung im Bereich Küstenschutz jenseits informeller Beratergremien wie der North Sea Coastal Managers Group, und welche Themen wurden bei den letzten Treffen diskutiert (bitte aufschlüsseln nach Formaten unter Angabe des Datums der Sitzung und der diskutierten Themen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

48. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Auf welche wissenschaftliche Evidenz stützt sich das Zitat des Bundesgesundheitsministers Dr. Karl Lauterbach im „Fakten-Booster #02 ‚Die zweite Auffrischimpfung‘“ vom 18. August 2022 (www.zusammengegencorona.de/faktenbooster/), dass Hirnschäden und Demenz mögliche Spätfolgen einer SARS-CoV-2-Infektion seien und eine zweite Auffrischimpfung gegen COVID-19 diese „gerade bei den über 60-Jährigen [...] deutlich verringern“ könne, und wie groß ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Zugewinn an Schutz gegen derartige Spätfolgen durch eine zweite Auffrischimpfung gegenüber einer einzelnen Auffrischung?

49. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)
- Wie schätzt die Bundesregierung mit Blick auf die Fachinformation des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte vom Juli 2022 (www.bfarm.de/SharedDocs/Downloads/DE/Arzneimittel/Zulassung/paxlovid-fachinformation-fachkreise.html) eine erhöhte Gefahr möglicher Neben- oder Wechselwirkungen nach einer nur im Nachgang zu einem Telefonat erfolgten Verordnung und/oder Verabreichung von Paxlovid®, wie sie der Bundesminister für Gesundheit Dr. Karl Lauterbach öffentlich vorgeschlagen hat (vgl. www.tichyseinblick.de/daili-es-essentials/karl-lauterbach-paxlovid/amp), ein, ein Medikament, das nur bei starken Symptomen und bei besonders vulnerablen Patienten angewandt werden soll (siehe [www.kbv.de/html/1150_59674.php?idU=2](http://www.bfarm.de/DE/Arzneimittel/Arzneimittelinformationen/covid-19-arzneimittel.html#:~:text=Paxlovid%C2%AE%20ist%20das%29erste,%C3%BCber%20den%20Gro%C3%9Fhandel%20bestellt%20werden), und welche haftungsrechtlichen Risiken tragen nach Plänen der Bundesregierung der Arzt oder sonstige Stellen nach nur telefonischer Verordnung und/oder Verabreichung bei Eintreten ernster Neben- oder Wechselwirkungen?</p><p>50. Abgeordneter
Stephan Pilsinger
(CDU/CSU)</p><p>Welche Kosten hat der Bund zu tragen für die laut Medienberichten (vgl. etwa <a href=)) vom Bund bestellten rund 10 Millionen Dosen des neuen BA.1-Impfstoffes, und was soll nach den Plänen des Bundesgesundheitsministeriums mit den noch vorhandenen übrigen Impfstoffen gegen vorher dominante COVID-19-Varianten geschehen, wenn nun vorrangig der neue BA.1-Impfstoff verabreicht werden soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

51. Abgeordneter
Stefan Seidler
(fraktionslos)
- Mit welchen Folgen rechnet die Bundesregierung für den deutsch-dänischen Personenschienenverkehr durch die Umstellung auf einen rein elektrischen Fahrzeugbestand seitens der Dänischen Staatsbahnen bis 2027 ([https://avisendanmark.dk/artikel/el-tog-til-20-milliarder-kroner-det-skal-du-vede-om-dsb-s-nyindk%C3%B8b#:~:text=De%20f%C3%B8rste%20af%20de%20nye,er%20f%C3%A6rdig%20med%20i%202027\)?](https://avisendanmark.dk/artikel/el-tog-til-20-milliarder-kroner-det-skal-du-vede-om-dsb-s-nyindk%C3%B8b#:~:text=De%20f%C3%B8rste%20af%20de%20nye,er%20f%C3%A6rdig%20med%20i%202027)?)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

52. Abgeordneter
Christian Hirte
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung das Bestreben der EU-Kommission, im Rahmen der Schadstoffnorm Euro 7 auch Grenzwerte für den Abrieb von Bremsen einzuführen, und beabsichtigt die Bundesregierung eine Förderung für umweltschonende bzw. regenerative Bremssysteme?
53. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Wo und wie lässt sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Prüfvermerk zur Debatte um die Laufzeiten von Atomkraftwerken des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) mit Primär- und Sekundärquellen einsehen (www.bmuv.de/pressemitteilung/bundesumweltministerium-und-bundeswirtschaftsministerium-legen-pruefung-zur-debatte-um-laufzeiten-von-atomkraftwerken-vor)?